Bezugs-Preis

in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1278.

Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 33.
Tel. I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Leipzig und Umgebung 25 Pf., für auswärts 30 Pfg.
Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der **Morgen-Ausgabe**
Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme:
Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 342. **Montag** 9. Juli 1906. **100. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Kaiser ist auf seiner Nordlandreise gestern in Drontheim eingetroffen. (S. Letzte Dep.)

* In den ungarischen parlamentarischen Körperschaften wurde der Zollkrieg mit Serbien erörtert. (S. Ausl.)

* Der englische Unterstaatssekretär Churchill kündigte eine Herabsetzung des Heeresbudgets an. (S. Ausl.)

* Die italienische Deputiertenkammer hat sich am Sonnabend auf unbestimmte Zeit vertagt. (S. Ausl.)

Politische Wochenschau.

Man darf sicher sein, daß nach Rückkehr des Kaisers von seiner Nordlandsreise in der Politik des Reiches neue Entschlüsse, die heute noch der Erwägung unterliegen, zu Taten werden. Es liegt allerlei vor, das heute noch in der Entwicklung begriffen ist. Die einschneidendsten Veränderungen dürften sich in der äußeren Vertretung unserer Kolonialpolitik ergeben. Es ist kein Geheimnis, daß der Kaiser selbst der Ansicht ist, daß mit unnachsichtlicher Strenge das Reviement durchgeführt werden soll, dem noch mancher Geheimrat zum Opfer fallen muß. Es fragt sich nur, ob die Forderung ohne Rücksicht auf diplomatische Vorbildung die wirklich geeigneten Leute in die Kolonialregierung zu berufen, in die Tat umgesetzt wird; und man darf besonders gespannt darauf sein, ob das Gerücht, welches in Exzellenz Hentig den zukünftigen Unterstaatssekretär im Kolonialamt sieht, auf Wahrheit beruht. In schlechten Händen wäre die Kolonialpolitik dann jedenfalls nicht. In der Inlandspolitik herrscht die übliche Ruhe der Hundstagsferien, wenn man nicht die Debatte über das Volksschulgesetz im Herrenhaus und in der Landkammer als einen kleinen Wind über stillen Wassern ansprechen will. Auch die Nachbarparlamente haben ihre großen Aktionen hinter sich. Herr Giolitti hat die Konvertierung der italienischen Schuld so schnell unter Dach und Fach gebracht, daß den Börsenspekulanten keine Zeit blieb zu kleinen Handstreichen. Damit steht der italienische Premier wieder groß da auf Monte Citorio. Auch das Abkommen mit England und Frankreich über die Zukunft Abessiniens hat den Italienern in Aethiopien wieder einen Platz gesichert, auf den sie nach der schweren Niederlage von Adua lange Jahre vergeblich gehofft hatten. Ob allerdings in letzter Stunde sich dieses Abkommen nicht als ein genau so unverbindliches Dokument erweisen wird, wie die Konvention über Marokko, hat die Zukunft zu lehren. Deutschland scheint in Abessinien dieselbe Politik verfolgen zu wollen, die für Marokko maßgebend war. Wenigstens verlangt eine offiziöse Notiz nur die offene Tür für den Handel und erklärt, daß wir keine direkten politischen Interessen in Aethiopien haben.

Für Frankreich wird dieses Abkommen über Abessinien eine Fülle schmerzlicher Erinnerungen in sich bergen, denn die Politik gegenüber dem Negus und die Eisenbahnpläne in Aethiopien haben viele französische Millionen gekostet, ohne zu dem Ziel zu führen, daß den Herren am Quai d'Orsay vorschwebte: aus Aethiopien ein zweites Tunis zu machen. Auch andere Pläne, welche gegenwärtig die französische Politik beherrschen, werden zum Teil Zukunftsmusik bleiben, so die vom Senat gutgeheißene Vorlage über die staatliche Arbeiterversicherung. In der gepriesenen Republik nimmt heutzutage tatsächlich trotz der sozialistischen und radikalen Mehrheit im Parlament die Arbeiterschaft noch lange nicht den Platz ein, der ihr nach deutscher Auffassung gebührte, das Unternehmertum überwiegt in seinem Einfluß auch heute noch, trotz Courrières. Man sieht, daß in einer Republik mit ihren gepriesenen Segnungen die Fürsorge für den kleinen Mann weit hinter seinem Schutze in der Monarchie zurückbleiben kann.

Im englischen Parlament brachte Sir Edward Grey noch eine kleine Aktion zustande, als er am 6. Juli sich über Rußland und das Verhältnis zu den Mächten Europas ausführlich aussprach. Die Erklärung, wonach derselbe Sir Edward den russischen Kaiser und seine Minister nicht mehr für verantwortlich für die Judenmetzeleien erklärt und ausdrücklich konstatiert, daß die gute Regierung in Petersburg vollständig ahnungslos über die bevorstehenden Greuel gewesen sei, klingt merkwürdig, wenn man bedenkt, daß noch vor sehr kurzer Zeit derselbe Sir Edward im Parlament eine Tonart gegen Rußland anschlug, die einer sehr energischen Verwarnung an die Herren Kollegen an der Newa verdächtig ähnlich klang. Dem geplanten Flottenbesuch in russischen Häfen sucht der Staatssekretär das Mäntlein der Harmlosigkeit umzuhängen. Er soll lediglich eine Ehrenerweisung für den russischen Kaiser und das russische Volk bilden; das Echo der Salutschüsse von Kronstadt bei uns wird ihm beweisen, daß man anderswo etwas mehr als eine Höflichkeit in einem englischen Flottenbesuch zu Kronstadt findet. Ueber das Bündnis mit Japan ging er mit leichtem Schwung hinweg: wozu sollte er auch von der schwächsten Stelle der englischen Politik viel Worte machen? Sehr deutlich aber wurde er über das Einvernehmen mit Frankreich: Es ist nicht gegen irgend ein anderes Land gerichtet; gute und herzliche Beziehungen zu anderen Mächten können trotz der Entente mit Paris fortbestehen. — Deutschland wird den englischen Staatssekretär gebührend verstehen. Als guter Sekundant hat Lord Fitzmaurice zu günstiger Zeit den Schatten des Fürsten Bismarck beschworen, um zu beweisen, daß der größte deutsche Staatsmann stets im geheimen für ein Bündnis mit England schwärmte; der bisher unveröffentlichte Bismarckbrief wurde als unanfechtbares Dokument veröffentlicht. Der Journalistenbesuch ist gleichfalls kein Zufall gewesen, alles deutet vielmehr darauf hin, daß in England nach den Zeiten schärfsten Gegensatzes zu uns ein Umschwung einsetzt, der beiden Völkern nur vorteilhaft sein kann.

Auch in Rußland schien ein Umschwung im System vor der Tür zu stehen. Man stimmte bereits die Totenklage um das Kabinett Goremykin an und sah ein liberales Ministerium am Ruder. Nach den Meutereien der Preobraschenskis und den weiteren Hiobsposten, welche dem Zaren täglich serviert wurden, scheint er eine liberale Umwandlung gehabt zu haben, die sich allmählich zu einem Plane, ein Koalitionsministerium zu bilden, verdichtete. Für ein solches ist aber die Duma durchaus nicht zu haben, und so bleibt dem Zaren nur übrig, entweder die Duma aufzulösen und damit einen neuen und ungeheuren Brand in ganz Rußland zu entfachen oder aber gegen den Willen der bisher allmächtigen Reaktion es mit einem ganz liberalen System zu versuchen, das ihm sehr leicht eine Revolution von oben eindringen kann. Jedenfalls steht Europa unter dem Gefühl, daß für Rußland eine neue Aktion der Gewalt vor der Tür steht.

Deutsches Reich.

Leipzig, 9. Juli.

* **Erzbergers Rückzug.** Der bekannte Zentrumsabgeordnete, der seinen Ruhm darin sucht, immer und immer wieder mehr oder weniger schlecht begründete Anklagen gegen die Kolonialverwaltung zu schleudern, gibt jetzt seine Absicht dahin kund: nachdem der Reichskanzler die Erneuerung des Beamtenkörpers der Kolonialverwaltung angekündigt und teilweise durchgeführt habe und somit ein von Erzberger schon im Dezember 1905 geäußerter Wunsch erfüllt sei oder werde, halte er es für angezeigt, vorerst jede weitere Erörterung über koloniale Mißgriffe in der Vergangenheit einzustellen, schon um der Verwaltung Zeit zu geben, ihre Absicht durchzuführen. — Da die Ankündigung der Erneuerung des Beamtenkörpers schon vor den letzten „Enthüllungen" Erzbergers erfolgt ist, so dürfte man nicht fehl gehen, wenn man für Erzbergers Waffenstillstands-Erklärung doch noch andere Motive sucht als die von ihm hier angegebenen. Wir wiesen schon darauf hin, daß der Besuch des Prinzen Arenberg beim Reichskanzler in Norderney seine besonderen Ziele haben dürfte; und man geht wohl nicht fehl, wenn man Erzbergers plötzliche Friedensbereitschaft mit der Mission des Prinzen Arenberg in Zusammenhang bringt. Ob dem Führer der schwarzen Kolonialgegner im Einverständnis mit Bülow durch den Prinzen „gedroht" worden ist oder ob gewisse Versprechungen gemacht worden sind hinsichtlich der Aemterbesetzung im Kolonialamt, dessen Errichtung der Reichskanzler im Herbst mit Energie betreiben wird? Die Zukunft wird es lehren. Jedenfalls sucht sich Erzberger jetzt für eine weitere Verhandlungsfähigkeit mit der Regierung auch dadurch zu salvieren, daß er in der „Germania" bestreitet, für alle auf ihn zurückgeführten Angriffe gegen die Kolonialverwaltung, die in ihm nahe stehenden Blättern erfolgt sind, verantwortlich gemacht werden zu können. Auch das läßt „tief blicken".

* **Rosenbergs Attentatspläne.** Die Voruntersuchung gegen den in Altona verhafteten Anarchisten August Rosenberg nimmt ihren Fortgang. Am Sonnabend ist Rosenberg in das Untersuchungsgefängnis gebracht worden. Die Untersuchung wird persönlich von dem Polizeichef Geheimrat Rosenhagen geführt. Bei der Kriminalpolizei ist der Verhaftete als einer der gefährlichsten „Anarchisten der Tat" seit langer Zeit bekannt. Die gestern und heute stattgefundenen Vernehmungen haben die schweren Verdachtsgründe, daß Rosenberg ein Attentat auf unseren Kaiser geplant habe, nicht beseitigen können. Man glaubt vielmehr, daß ein Attentat nur durch die Umsicht der Polizei und die rechtzeitige Verhaftung verhindert worden ist. Stündlich trifft in Altona neues Material gegen den Anarchisten ein. Zwischen der Altonaer politischen Polizei und den amerikanischen Polizeibehörden findet ein lebhafter Depeschenwechsel statt. — Gegenüber diesen Rosenberg belastenden Nachrichten wird der „Frkf. Ztg." aus New York gemeldet: Die Festnahme Rosenbergs in Altona erregt in der deutschen Bürgerschaft von Seattle teils Entrüstung, teils Verwunderung, da Rosenberg als harmloser Farbenmischer bekannt ist, der chemische Versuche zur Herstellung neuer Farbenkombinationen machte. Der Deutsche Zentralverein erklärt die Anzeige bei der Polizei als Racheakt eines Feindes Rosenbergs.

* **Disziplinarstrafen in Gefängnissen.** In einem Runderlaß weist der preußische Minister des Innern darauf hin, daß nach der letzten statistischen Uebersicht in einigen Strafanstalten die Zahl der mit Disziplinarstrafen belegten Gefangenen zur Durchschnittszahl sehr hoch sei, während die Ziffern anderer Anstalten zeigten, daß auch bei seltenerer Verhängung von Strafen die Disziplin aufrecht erhalten werden könne. Muß auch, heißt es dann weiter, anerkannt werden, daß neben Eigentümlichkeiten der Bevölkerung einiger Einlieferungsgebiete die baulichen Einrichtungen mancher Anstalten die Disziplin erschweren und damit eine häufigere Strafanwendung herbeiführen, so wird dennoch bei sachgemäßer Behandlung der Gefangenen auch in den ungünstiger gestellten Anstalten vermieden werden können, daß mehr als die Hälfte der durchschnittlichen Gefangenenzahl im Jahre bestraft erscheint. Nicht jeder geringfügige Verstoß gegen die Hausordnung erfordert Strafe; häufig genügt Belehrung und Zurechtweisung. Bei Ausschreitungen von Gefangenen, deren Geisteszustand Bedenken erweckt, ist von einer Bestrafung überall vorerst Abstand zu nehmen und sorgfältige Beobachtung unter Mitwirkung des Arztes einzuleiten. Da die Grenze zwischen Geisteskrankheit und Verbrechen sehr schwankend ist, schärft der Minister besonders ein: Es ist darauf hinzuwirken, daß Gefangene, die der Geisteskrankheit auch nur begründetermaßen verdächtig sind, unverweilt für die Irrenabteilungen angemeldet werden. Die Annahme der Verstellung ist in jedem Falle aktenkundig zu begründen, und auch in den Jahresberichten mit Gründen zu belegen.

* **Dr. Barth und die Sozialdemokratie.** Gelegentlich eines Rückblicks auf die Englandreise der deutschen Redakteure tadelt Dr. Barth in der „Nation" die brutale Geschmacklosigkeit des „Vorwärts", der einen Artikel veröffentlichte, der gegen die Teilnahme der Frau Lily Braun an der Englandreise gerichtet war, und in dem versucht wurde, die ganze Veranstaltung als ein kapitalistisches Unternehmen darzustellen, an dem sich ein Journalist mit höheren proletarischen Ehrbegriffen nicht hätte beteiligen dürfen. Unter den Führern der englischen Arbeiterpartei sei für diese scheelsüchtige Auffassung auch nicht das geringste Verständnis zu finden gewesen. Der Führer der sozialistischen Arbeiterpartei im englischen Unterhause, Keir Hardie, hatte gar kein Bedenken getragen, in den Ausschuß des Anglo-German Friendship Committee einzutreten. Er nahm auch an dem Empfang auf der Terrasse des Parlamentsgebäudes, der von dem Kriegsminister Mr. Haldane gegeben wurde, mit vielen anderen Arbeitervertretern teil. Der Gedanke, daß sich eine Vertreterin der sozialdemokratischen Presse Deutschlands an der Journalistenfahrt aus proletarischem Klassengefühl nicht hätte beteiligen dürfen, erschien diesen Engländern so grotesk, daß sie nur die Bezeichnung silly (albern) dafür fanden. Die Angriffe des „Vorwärts" auf die Genossin Lily Braun seien nicht nur ästhetisch empörend, sondern auch ungemein charakteristisch für die Philisterhaftigkeit dieser angeblichen Revolutionäre. „Die geistige Enge, so schreibt Dr. Barth, die darin zutage tritt, ist jener reaktionären Borniertheit wesensverwandt, die es für unzulässig hält, einer Denkmalsenthüllung zu Ehren eines revolutionären Freiheitskämpfers, wie es der Dichter Kinkel war, beizuwohnen. Solche philiströse Beschränktheit trägt mehr als vieles andere dazu bei, daß unsere deutsche Sozialdemokratie politisch trotz ihrer drei Millionen Stimmen so ohnmächtig ist." Und weiter schreibt Dr. Barth: „Unsere Sozialdemokratie posiert gern als revolutionäre Partei; im Grunde ist sie trotz ihres fürchterlichen Programms eine Partei, in der Philistervorurteile die eigentliche Herrschaft ausüben. Ich hatte Gelegenheit, mit Bernhard Shaw, der selbst Sozialist und daneben einer der geistvollsten Beobachter unserer Zeit ist, über die deutsche Sozialdemokratie zu reden, und ließ dabei einfließen, daß ich selbst kein Sozialdemokrat sei, worauf er mir zur Antwort gab: „Das mag Wie könnten Sie auch ein deutscher Sozialdemokrat sein, Sie sind ja viel zu radikal dazu!"

* **Kleine politische Nachrichten.** Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Verleihung des Großkreuzes des Roten Adler-Ordens an den Grafen v. Hohenthal und Bergen und des Roten Adler-Ordens an den Fabrikanten Stadtrat Max Kohl in Chemnitz. — Justizrat Mammen, der Vertreter des Arbeiters Biewald, hat gegen den negativen Bescheid der Staatsanwaltschaft in der Ermittelungssache nach dem Schutzmann, der den Biewald die Hand abgehauen haben soll, Beschwerde beim Landgericht Breslau eingereicht. — Am 5. Juli fand in Hamburg die neunte aus allen Teilen des Reiches gut besuchte Zusammenkunft der Vereinigung deutscher Handels- und Gewerbekammer-Sekretäre statt. — Die „Breslauer Ztg." bestreitet die Behauptung der „Nordd. Allgem. Ztg.", daß die slawischen Einwanderer nach wie vor in Zukunft in den Wintermonaten Deutschland verlassen müssen, und verlangt, daß die „Nordd. Allgem. Ztg." den Wortlaut der in Rede stehenden ministeriellen Verfügung veröffentlicht. — Nach einer Zusammenstellung der „Schles. Korresp." sind vom 1. bis 30. Juni abermals 34 Grundstücke aus deutschem in polnischen Besitz übergegangen, während nur 14 polnische Grundstücke umgekehrt in deutschen Besitz übergingen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Der Zollkrieg mit Serbien.** In der Schlußsitzung der Ungarischen Delegation am 7. Juli interpellierte Rakovszky den Minister des Auswärtigen über den Grund der Einstellung der Handelsvertragsverhandlungen mit Serbien; er fragt ferner, ob es wahr sei, daß als Bedingung für den Abschluß des Provisoriums gegolten habe, daß wenn Geschütze bestellt würden, diese bei Skoda bestellt werden sollten. Dies stehe im Widerspruch mit den Erklärungen des gemeinsamen Finanzministers. Endlich fragt der Interpellant, welche Schritte der Minister des Auswärtigen zur schleunigen Beendigung des Zollkrieges zu unternehmen gedenke. Der Sektionschef von Müller erklärt, daß die Verhandlungen deshalb eingestellt seien, weil es sich herausgestellt habe, daß Serbien sich infolge der mit Bulgarien angeblich abgeschlossenen Zollunion auf ganz anderer Grundlage befand, als bei der Eröffnung der Verhandlungen angenommen wurde. Ferner sei Bedingung gewesen, daß die serbische Regierung während des Provisoriums nichts unternehme, was der Frage der Bestellungen präjudizieren könnte. Zum Schlusse erklärt der Sektionschef, die baldige Beendigung des Zollkrieges hänge ganz von Serbien ab, da Serbiens Antwort die heutige Lage herauftbeschworen habe, und versichert, der Minister des Aeußeren handle nur im Einvernehmen mit den beiden Regierungen. Der Interpellant erklärt sich durch die Antwort des Ministers nicht zufriedengestellt. Die Majorität der Delegation nimmt die Antwort des Ministers jedoch zur Kenntnis. Mit Eljenrufen auf den Monarchen wird die Sitzung geschlossen. — Auch im ungarischen Abgeordnetenhause wurde der Zollkrieg erörtert. Der Ministerpräsident Wekerle beantwortete die Interpellation über die Ursachen der Grenzsperre gegen Serbien und bekämpfte zunächst die Aeußerung eines Mitgliedes der Koalitionspartei, daß der Zollkrieg den Rachegelüsten des Ministers des Aeußeren Grafen Goluchowski entspringe; es seien ausschließlich wirtschaftliche Gründe maßgebend gewesen. Oesterreich-Ungarn habe für 71 Posten des Zolltarifs Herabsetzungen verlangt, Serbien habe jedoch nur bei 11 Positionen Ermäßigung eintreten lassen. Die Forderung auf Bestellung von Skodakanonen habe die Regierung fallen lassen, dagegen die Bestellung von Eisenbahnwagen, Lokomotiven, Munition und Petroleum verlangt. Da 90 Prozent der serbischen Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn gehen, sei diese Ausgleichsforderung berechtigt gewesen. Serbien habe schon während des Zollprovisoriums Erleichterungen für die Vieheinfuhr gewünscht, die veterinär-polizeilich bedenklich gewesen seien. Für den Fall, daß während des Provisoriums ein definitiver Vertrag vereinbart werden sollte, solle dieser die österreichisch-ungarische Monarchie binden, während Serbien diesen von der Zustimmung der Skupschtina habe abhängig machen wollen. Die Monarchie sei daher gezwungen gewesen, die Grenzsperre zu verhängen. Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde mit großer Mehrheit zur Kenntnis genommen. — Alle Einfuhrartikel aus Serbien sind bis auf weiteres laut amtlicher Bekanntmachung nach den allgemeinen Zollsätzen zu behandeln.

Frankreich.

* **Die Frage der Ehereform in Frankreich.** Unser Pariser Korrespondent schreibt uns: Der „Ausschuß für Reform der Ehe", der auf Anregung des „Gil Blas" in Paris zusammengetreten ist und u. a. die Schriftsteller Maurice Maeterlinck, Paul und Victor Margueritte und Marcel Prévost, sowie die Juristen Raymond Poincaré, Finanzminister, und Präsident Magnaud zu seinen Mitgliedern zählt, hat in monatelanger Arbeit einen Gesetzentwurf vorbereitet, der nun der Kammer und dem Senat überreicht werden soll. Dem Entwurf ist eine längere Einleitung aus der Feder des Juristen Henri Coulon vorangestellt, in der die Gründe, die ein Gesetz über die Reform der Ehe notwendig erscheinen lassen, auseinandergesetzt werden. Der Entwurf schlägt eine dreifache „Modernisierung" der bestehenden Gesetze über Ehe und Scheidung vor: er erstrebt möglichste Vereinfachung der Bedingungen, die beim Eingehen einer Ehe zu erfüllen sind, völlige gesetzliche Gleichstellung der beiden Gatten und Erleichterung der Scheidung. Ehe und Scheidung sind bekanntlich in Frankreich viel mehr erschwert als z. B. in Deutschland und England, wo auch die Rechte der verheirateten Frau bedeutend größer sind als die der französischen Ehegattin. Es ist wohl anzunehmen, daß Kammer und Senat die vorgeschlagenen Gesetzänderungen genehmigen werden. Fraglich dagegen erscheint es, ob auch die geforderte Aufhebung der Paragraphen des Strafgesetzbuches, die den Ehebruch betreffen, vom Parlament beschlossen wird. Der „Ausschuß für Reform der Ehe" beantragt die Aufhebung der betreffenden strafgesetzlichen Bestimmungen mit dem Bemerken, daß sie fast ausschließlich der Rachsucht dienen.

* **Passiver Streik in den Torpedowerkstätten von Toulon.** Der „Temps" konstatiert das auffallende Sinken der Leistungen in den Torpedowerkstätten von Toulon. Die Werkstatt für Whitehead-Torpedos hat 1901 deren 157 geliefert, 1902 sank die Zahl auf 125, 1903 auf 107, 1904 auf 98 und 1905 gar auf 69. In der gleichen Zeit sind die Löhne bedeutend gestiegen. Sie betragen heute 1942 Frcs. für einen Whitehead-Torpedo gegen 784 Frcs. im Jahre 1902. Nach dem „Temps" ist das starke Sinken der Leistungen durch den „passiven Streik" der sozialdemokratischen antimilitaristischen Arbeiter zu erklären. Frankreich sieht sich dadurch zu Bestellungen im Ausland gezwungen.

Italien.

* **Erfolg der Rentenkonversion.** Am Sonnabend wurde die Deputiertenkammer auf unbestimmte Zeit vertagt. Gegen Schluß der Sitzung erklärte der Schatzminister in Erwiderung einer Anfrage, er werde den Hauptbericht über das Ergebnis der Rentenkonversion bei Wiederaufnahme der Arbeiten der Kammer vorlegen. Er sei indessen glücklich, mitteilen zu können, nachdem heute die Frist für die Rückzahlungsforderungen abgelaufen sei, daß von 8 Milliarden und 100 Millionen Kapital nur Rückzahlungen von ungefähr 1 700 000 Lire Kapital in Italien und von ungefähr 2 Millionen Lire Kapital im Auslande verlangt worden seien. (Sehr lebhafter Beifall.) In der Summe der in Italien verlangten Rückzahlungen sei indessen 1 Million einbegriffen, die einem Fremden gehöre, so daß italienische Inhaber italienischer Rente nur die Rückzahlung von 700 000 Lire verlangt hätten. Er sei auch glücklich mitteilen zu können, daß an den beiden wichtigsten Märkten für die italienische Rente, Paris und Berlin, keine Rückzahlung verlangt worden sei. (Beifall.) Der italienische Schatz habe die große Finanzoperation ganz aus eigner Kraft übernommen. Der Schatz habe sich für alle Eventualitäten die Unterstützung zweier mächtiger Finanzinstitute gesichert, an deren Spitze das Haus Rothschild und die Banca d'Italia ständen. Aber diese Unterstützung müsse lediglich als eine moralische betrachtet werden, wie es auch die äußerst kleine Ziffer der geforderten Rückzahlungen beweise. Sicherlich werde die Kammer diese Nachrichten mit Genugtuung aufnehmen, sie zeigten klar das große Vertrauen, deren sich die italienischen Finanzen im Auslande erfreuten, und die ständig wachsende Wohlhabenheit des Landes. (Lebhafter langanhaltender Beifall.) — Bevor sich die Kammer vertagte, sprach Präsident Biancheri dem Ministerpräsidenten Giolitti und der Regierung unter dem lebhaften Beifall des Hauses den Dank der Kammer aus für die tatkräftige Behandlung der Rentenkonversion. Giolitti erwiderte dankend.

* **Bewunderungs-Votum für den Erkletterer des Ruwenzori.** Der Senat nahm am 7. Juli einstimmig einen von der Regierung unterstützten Antrag Veronesi an, in welchem dem Herzog der Abruzzen für seine kühne Besteigung des Ruwenzori bewundernde Anerkennung ausgesprochen wird.

England.

* **Herabsetzung des Kriegsbudgets.** Unterstaatssekretär Winston Churchill sagte in einer Rede, die er in Altrincham hielt, einige Mitglieder der Regierungspartei seien etwas voreilig gewesen, als sie sich im Beginn der Parlamentssession bereitten, gegen den Heeresetat zu stimmen. Es wäre besser gewesen, wenn sie Weiteres abgewartet hätten, damit Kriegsminister Haldane freiere Hand gehabt hätte, die Etatsherabsetzungen durchzuführen, zu denen sich die Regierung durchaus verpflichtet fühle, und die sie in den Kosten und dem Umfange der Ausrüstung zu Lande auszuführen entschlossen sei. Diese Ankündigung, die Minister Haldane am Donnerstag im Parlament machen werde, werde von allen Gruppen der liberalen Partei mit völliger Befriedigung aufgenommen werden.